

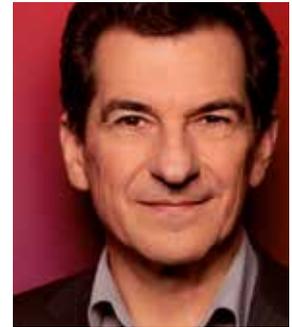
EINE WELT VOR ORT – ENTWICKLUNGSPOLITIK BEGINNT IN DEN KOMMUNEN

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 17.05.2017

dokumente
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



VORWORT



Kommunen rücken als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit weltweit in den Fokus des Handelns. Sie sind wertvolle Partner, wenn es darum geht, Globalisierung nachhaltig, fair und mit den Menschen zu gestalten. Kommunales entwicklungspolitisches Engagement macht deutlich: Die Eine Welt beginnt vor der Haustür und ihre Gestaltung geht uns alle an.

Am 17. Mai 2017 lud die SPD-Bundestagsfraktion auf Initiative der Arbeitsgruppen Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Weltwirtschaft und Kommunalpolitik Akteure aus Politik, Kommunen sowie Zivilgesellschaft zu einer Dialogveranstaltung ein. Unter dem Titel „Eine Welt vor Ort – Entwicklungspolitik beginnt in den Kommunen“ wurde das Thema kommunale Entwicklungszusammenarbeit aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Es diskutierten Gäste und Publikum darüber, welche Potenziale die kommunale Entwicklungszusammenarbeit bietet und wie diese gestärkt und bundespolitisch noch besser unterstützt werden können.

Wir danken folgenden Referentinnen und Referenten für ihre Impulsvorträge und Diskussionsbeiträge auf dem Podium:

- Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei Engagement Global gGmbH
- Ulrike Hiller, Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit der Freien Hansestadt Bremen
- Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
- Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe

Axel Schäfer, MdB
Stv. Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Stefan Rebmann, MdB
Entwicklungspolitischer
Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion

Bernhard Daldrup, MdB
Kommunalpolitischer
Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion

Klaus Barthel, MdB
Sprecher AG Weltwirt-
schaft der
SPD-Bundestagsfraktion

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT BRAUCHT DIE LOKALE EBENE



*„Die Einbindung von Kommunen als strategische Partner in der
Entwicklungszusammenarbeit ist unverzichtbar.“*

Stefan Rebmann

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro verwiesen die teilnehmenden Staaten auf die Bedeutsamkeit der lokalen Ebene als wichtigen Faktor, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Mit dem globalen Aktionsprogramm Agenda 21 erklärten sie die Kommunen als unverzichtbare Akteure für eine nachhaltige Entwicklungspolitik und legten damit weltweit die Grundlage für die Lokalen Agenda 21-Prozesse unter Beteiligung der Bevölkerung in den Kommunen. Seitdem wird dieser Ansatz in zahlreichen Beschlüssen und Abkommen fortwährend bekräftigt und ausgebaut und die zentrale Rolle kommunaler Akteure stets hervorgehoben.

Im 25. Jahr nach Rio engagieren sich zahlreiche deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise erfolgreich in der kommunalen Entwicklungspolitik und leisten damit einen wichtigen Beitrag für mehr globale Nachhaltigkeit. Die Handlungsfelder sind vielfältig. Lokal werden Beschlüsse zur fairen Beschaffung gefasst, der Faire Handel unterstützt und die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit der Zivilgesellschaft gefördert. Viele Kommunen engagieren sich darüber hinaus bereits seit vielen Jahren im Rahmen kommunaler Partnerschaften mit Städten aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie vermitteln kommunalspezifische Kompetenzen, helfen beim Aufbau demokratischer Strukturen und unterstützen damit auch die Entwicklungszusammenarbeit von Bund und Ländern. Sie vernetzen sich international mit anderen Kommunen und global aktiven Institutionen für zukunftsfähige Städte zu Themen wie: Klima, Umwelt, Mobilität, Bildung, kommunale Dienstleistungen oder partizipative Stadtentwicklung. Im Zusammenschluss setzen sie sich über den Weltverband der Kommunen (UCLG) für ihre Ziele und Interessen ein, wie z. B. für die kommunale Selbstverwaltung. Auch die deutschen kommunalen Spitzenverbände engagieren sich in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Zudem helfen Kommunen in der Katastrophen- und Krisennothilfe.



„Es gibt keine erfolgreiche Politik in großen Sphären, wenn sie nicht dort wahrnehmbar ist, wo die Menschen leben. Deshalb braucht es vor Ort Ankerpunkte.“

Axel Schäfer

Mit ihrem Engagement finden Kommunen lokale Antworten auf viele der globalen Herausforderungen. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten. Der weltweit anhaltende Trend zur Urbanisierung erfordert effiziente und innovative Lösungskonzepte. Auf Herausforderungen wie dem Klimawandel und Armut müssen Antworten formuliert und nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte entwickelt werden. Städte sind häufig Vorreiter für landesweite und internationale Entwicklungstrends. Dieses Potenzial kann besonders effektiv im Erfahrungsaustausch und wechselseitigem Lernen gleichberechtigter Partner für die entwicklungspolitische Arbeit genutzt werden. Mit all diesen Aktivitäten leisten sie auch ihren Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

KOMMUNEN BAUEN BRÜCKEN ZWISCHEN LOKALEM HANDELN UND GLOBALEN AUSWIRKUNGEN

Aufgrund der Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern können Kommunen die Zusammenhänge zwischen lokalem Handeln und globalen Auswirkungen gut vermitteln und erfahrbar machen sowie bürgerschaftliches Bewusstsein fördern. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist Bildung für nachhaltige Entwicklung und fördert globales Lernen. Kommunale Entwicklungspolitik bedeutet auch immer die Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement sowie die Stärkung des Ehrenamts und kann identitätsstiftend für eine Gemeinde und ihre Verwaltung wirken. Entwicklungspolitisches Engagement trägt zu Weltoffenheit, Toleranz und interkultureller Kompetenz bei, erhöht die Attraktivität im globalen Standortwettbewerb und dient der Imageförderung.

Der wachsende Anteil von Migrantinnen und Migranten in den Kommunen bietet Chancen für die kommunale Entwicklungspolitik. Als „Experten zwischen den Welten“ können sie als Vermittler und Berater vor Ort dienen und kulturelle Brücken bauen. Ihr bürgerschaftliches und entwicklungspolitisches Engagement in Migrantenorganisationen oder Diasporagemeinschaften wird von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zunehmend als Potenzial erkannt. Sie leisten Unterstützung zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Neben finanzieller Hilfen in nicht unerheblichem Maße setzen sie ihr technisches, wirtschaftliches und politisches Know-how in den Herkunftsländern ein und fördern mit diesen sogenannten sozialen Rücküberweisungen (social remittances) ebenfalls deren nachhaltige Entwicklung.

BEDEUTUNGSZUWACHS KOMMUNALER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Kommunen leisten diesen wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag als freiwillige Aufgabe, auf Basis allgemein schwieriger Finanzlagen der öffentlichen Kassen und zusätzlich zu einem umfangreichen sonstigen Aufgabenspektrum. Für ihr vielfältiges Engagement benötigen die Kommunen umfassende Unterstützung von EU, Bund und Ländern. Die Bundesregierung fördert gezielt das entwicklungspolitische Engagement deutscher Kommunen. Als Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik steht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) seit 2001 deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen als Service- und Beratungseinrichtung zur Verfügung. Beratungsangebote und Produktfinder helfen Kommunen ihr öffentliches Beschaffungswesen nachhaltig zu gestalten. Die Länder messen der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Kommunen eine große Bedeutung bei. Sie haben individuelle entwicklungspolitische Leitlinien oder Strategien erarbeitet, die diese bürgernahe Ebene explizit mit einbeziehen, und geben damit mal mehr, mal weniger bindend Orientierung für die kommunale entwicklungspolitische Arbeit. Auch die Europäische Union erkennt Kommunen als wichtige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit an und ermutigt sie zu mehr Engagement.

WIR BRAUCHEN MEHR VERLÄSSLICHKEIT FÜR KOMMUNEN IN DER PLANUNG



Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen der Einen Welt bei Engagement Global gGmbH

VIELFALT KOMMUNALEN ENGAGEMENTS IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Heidemarie Wiczorek-Zeul hatte als Entwicklungsministerin im Jahr 2001 einen großen Anteil an der Gründung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Als Dienstleisterin für Kommunen arbeitet sie seitdem im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Unterstützung eines breiten Bündnisses aus 12 kofinanzierenden Bundesländern, den kommunalen Spitzenverbänden und zivilgesellschaftlichen Dachorganisationen. Ziel war es zunächst, Kommunen bei dem zu unterstützen, was sie bereits im Bereich entwicklungspolitischer Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene taten. Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote für kommunale Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen die Weiterentwicklung dieses wertvollen Potenzials auf lokaler Ebene, das zunehmend an entwicklungspolitischer Bedeutung gewinnt. Mit der Durchführung von Modellprojekten lotet die Servicestelle neue Themenfelder aus und entwickelt angepasste Beratungsangebote. Die Etablierung eines eigenen Haushaltstitels seit 2013 eröffnet zudem Förderoptionen, die eine finanzielle und personelle Unterstützung in den Kommunen ermöglichen. Ein weiteres wichtiges Instrument der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung besteht im Aufbau und der Unterstützung von Netzwerkstrukturen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam lokale Lösungsansätze zu globalen Fragen zu entwickeln. Eine Programmkommission und ein Programmbeirat sichern eine breite Beteiligungsstruktur.

TRENNUNG ZWISCHEN IN- UND AUSLÄNDISCHEM ENGAGEMENT VERLIERT AN BEDEUTUNG

Die Schwerpunkte entwicklungspolitischen Engagements in den Kommunen fasste Dr. Stefan Wilhelmy in folgenden Handlungsfeldern zusammen:

- Global Nachhaltige Kommune
- Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene
- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- kommunale Partnerschaften und internationale entwicklungspolitische Kommunalbeziehungen

Seit fast zwei Jahren bilden die Sustainable Development Goals (SDGs) mit ihren 17 nationalen und globalen Nachhaltigkeitszielen einen übergeordneten Rahmen, in den die entwicklungspolitischen Aktivitäten eingeordnet werden können. Ihr Bedeutungszuwachs als lokaler Beitrag zur Erreichung der SDGs bis zum Jahr 2030 ändert jedoch nichts daran, dass Kommunen ihr entwicklungspolitisches Engagement bis heute als freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen. Das bedeutet in der Regel eingeschränkte finanzielle und personelle Ressourcen. Gleichwohl bekräftigen zahlreiche nationale und internationale Beschlüsse die wichtige Rolle der lokalen Ebene für die Umsetzung der SDGs, die eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit inkludiert. Während die zahlreichen kommunalen Beschlüsse zur lokalen Agenda 21 die globale Verantwortlichkeit weitgehend ausgrenzten und den Focus auf Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit legten, findet hier seit einigen Jahren ein Paradigmenwechsel statt. Die frühere Trennung zwischen in- und ausländischem Engagement verliert zunehmend an Bedeutung.

Kernbotschaft ist, dass Kommunen einen maßgeblichen Beitrag zur globalen nachhaltigen Entwicklung leisten und dafür politisch effiziente Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Die Bundesregierung bekräftigte in dieser Legislatur die Unverzichtbarkeit kommunalen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit mit einer Aufstockung der Haushaltsmittel für diesen Bereich. Im Koalitionsantrag „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ (18/4425) werden kommunale Partnerschaftsprojekte explizit als wichtiges Instrument einer erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit hervorgehoben.

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT BRAUCHT VERLÄSSLICHE STRUKTUREN

Die Agenda-Bewegung veranschaulicht sehr gut, welche Potenziale im kommunalen Engagement stecken. Im Prozessverlauf wurde jedoch auch deutlich, wie schwierig es ist, über kommunale Beschlüsse hinaus, nachhaltig tragfähige Strukturen für die Umsetzung des guten Willens zu schaffen. Nur noch ein Bruchteil der damals eingerichteten Agenda-Büros ist heute noch erhalten und arbeitsfähig. Um die UN-Beschlüsse bis 2030 in den Kommunen nachhaltig zu verankern, bedarf es jedoch einer enormen Übersetzungsarbeit, für die verlässliche Strukturen unabdingbar sind. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt verfolgt zurzeit zwei Modellprojekte in Nordrhein-Westphalen und Thüringen, die zum Ziel haben, in den Kommunen ein effizientes Nachhaltigkeitsmanagement entlang der SDGs aufzubauen.

Wenn es darum geht, kommunale Potenziale entwicklungspolitisch zu nutzen, rücken auch zunehmend migrantische Gruppen in den Fokus. Die Einbindung Geflüchteter in die Eine-Welt-Arbeit vor Ort bietet gute Chancen für einen positiven Ansatz, der Migrantinnen und Migranten mit ihren Perspektiven und Möglichkeiten wahrnimmt. Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich häufig in Bezug auf ihre Herkunftsregionen. Auch aus integrationspolitischer Sicht bietet dieses Engagement große Potenziale, es wird jedoch öffentlich noch zu wenig wahrgenommen. Das Programm MiGlobe fördert mit Unterstützung der Bundesregierung deshalb eine stärkere Beteiligung migrantischer Gruppen in der kommunalen Entwicklungspolitik.

FAIRE BESCHAFFUNG LOHNT SICH

Das Handlungsfeld „Fairer Handel und Faire Beschaffung“ ist ein wichtiger Hebel für eine nachhaltige Entwicklung in globaler Verantwortung. Bei einem Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand von bundesweit gut 300 Mrd. Euro verantworten die Kommunen davon etwa die Hälfte, also ca. 150 Mrd. Euro. Maßnahmen, wie der bundesweite Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“, die Auszeichnung „Fairtrade-Town“, der „Kompass Nachhaltigkeit“ sowie die Förderung des Austauschs von Kommunen untereinander in Form von Netzwerkbildung durch die SKEW helfen, das Thema bundesweit nach vorne zu bringen. Insbesondere für kleine Kommunen sind die Angebote zur Orientierung und Beratung ein wichtiger Motor, um auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen Beschaffung erfolgreich zu sein. Derzeit fehlen noch verlässliche Aussagen darüber, wie groß der Anteil nachhaltig beschaffter Waren im Kommunalbereich ist. Ziel sollte deshalb sein, den Stand systematisch zu dokumentieren, auch um die Wirksamkeit von Instrumenten zur Unterstützung messbar machen zu können.

KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN

Die Zahl von Partnerschaftsprojekten deutscher Kommunen mit Städten in Entwicklungs- und Schwellenländern wächst. Mit derzeit insgesamt gut 640 Initiativen sind die Zahlen im Vergleich zu innereuropäischen Partnerschaftsprojekten jedoch immer noch gering. Allein in Frankreich pflegt Deutschland den Austausch mit über 2000 französischen Kommunen. Die Projektpartnerschaften unterscheiden sich jedoch wesentlich im Charakter. Städtepartnerschaften im Entwicklungsbereich sind weniger formell geprägt. Vielmehr überwiegt das Interesse, zu bestimmten Themen zu arbeiten und gemeinsam konkrete Lösungen in Know-how-Partnerschaften zu entwickeln. Nachhaltigkeits- und Klimapartnerschaften werden zum Beispiel in diesem Rahmen aufgebaut und gepflegt.

Derzeit ist auch ein erhöhtes Interesse an Partnerschaften im Bereich Nahost und der Region Maghreb zu vermerken. Hintergrund ist der Wunsch deutscher Kommunen, Partner in diesen Regionen zu stärken oder auch einen Beitrag zur Beseitigung von Fluchtursachen zu leisten. Der Bedarf an Unterstützung in den Ländern ist sehr groß, z. B. im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Auch hier steht die SKEW deutschen Kommunen in ihrem partnerschaftlichen Engagement mit Rat und Tat zur Seite.

Innerhalb Deutschlands ist das Engagement regional unterschiedlich ausgeprägt. Im Nordosten sind z. B. deutlich weniger Kommunen an den sogenannten Klimapartnerschaften beteiligt. Aufgabe der SKEW ist es nun, noch mehr Kommunen in den unterrepräsentierten Bundesländern für die Idee zu begeistern.

MEHRWERT DES INTERNATIONALEN ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ENGAGEMENTS FÜR DIE KOMMUNEN

Kommunen möchten globale Verantwortung übernehmen und sich solidarisch zeigen. Aber sie profitieren auch in vielfältiger Weise von ihrem entwicklungspolitischen Engagement. Der Mehrwert für Kommunen ist vielfältig:

- Sie leisten einen Beitrag zu internationalen Vereinbarungen (z. B. SDGs, Klimaverhandlungen) und zeigen Solidarität mit dem globalen Süden
- Von-Einander-Lernen bedeutet auch vom globalen Süden lernen
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
- Bewusstseinsbildung für globale Zusammenhänge stärken
- Förderung der Wissenschafts- und Wirtschaftsbeziehungen
- Förderung der Integration von Migranten in die entwicklungspolitische Partnerschafts- oder Inlandsarbeit
- Imageverbesserung
- Personalentwicklung und –qualifizierung, z.B. konkrete Lernerfahrungen durch internationale Einsätze

KONSEQUENT FAIRE BESCHAFFUNG IN KOMMUNEN FÜR MEHR GLOBALE GERECHTIGKEIT



Ulrike Hiller, Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit der Freien Hansestadt Bremen

BREMEN – HAUPTSTADT DES FAIREN HANDELS

Die Stadt Bremen schaut aus historischer Sicht als Hansestadt auf eine lange Tradition internationaler Handelsbeziehungen. Hierin liegt auch die tiefe Verwurzelung der internationalen Arbeit im kommunalen Handeln begründet, der sich die Spitze der Verwaltung schon seit vielen Jahren verpflichtet sieht. Seit etwa dem Jahr 2000 ist das Thema auch verstärkt in der Bremischen Bürgerschaft angekommen und hat einen festen Platz in der Politik des Stadtstaates. Ausgehend von der Frage: „Wie kann Konsumverhalten auch Entwicklungszusammenarbeit sein?“ bildete das Thema Fairer Handel zunehmend einen Schwerpunkt in den Beschlüssen der Landesregierung. Der Faire Handel in der öffentlichen Beschaffung wurde als wichtige Stellschraube identifiziert, um ganz konkret Veränderungen auf den Weg bringen zu können.

Am Anfang stand die Vernetzung von Akteuren, die bereit waren, miteinander in einen Prozess zu gehen. Ziel war es, fern von dogmatischen Ansätzen alle an einen Tisch zu holen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Das Konzept verlangte von den Beteiligten größtmögliche Offenheit. Seitens der Nichtregierungsorganisationen genauso wie von der Handelskammer oder den großen ortsansässigen Konzernen aus dem Lebensmittelbereich. Auf der Suche nach dem größtmöglichen gemeinsamen Nenner wurden realistische Maßnahmen entwickelt, ohne gegenseitige Bevormundung. Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk hat diesen nicht immer einfachen Prozess mit viel Engagement erfolgreich koordiniert und begleitet. Nach wie vor wird an der Entwicklung des Bündnisses und weiteren Schritten gearbeitet.

FAIRE BESCHAFFUNG IN BREMEN GESETZLICH GUT VERANKERT

Im Jahr 2009 beschloss Bremen als erstes Bundesland ein sehr ambitioniertes Vergabegesetz, das unter anderem die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen als Maßstab für eine Vergabe fest schreibt. Für die Beschaffer bedeutete das zunächst eine große Herausforderung, da der Markt für faire Produkte noch sondiert werden muss und sich den Anforderungen entsprechend im Anpassungsprozess befindet. Außerdem mangelte es zunächst noch an Expertise bezüglich vergaberechtlich angepasster Ausschreibungsverfahren. Deshalb wurden flankierend zum Gesetzgebungsverfahren Fortbildungsangebote mit Unterstützung einschlägiger Nichtregierungsorganisationen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Beschaffung entwickelt, um die Verantwortlichen frühzeitig für den neuen Weg zu qualifizieren. Orientierung gab auch das Beispiel der Niederlande, die ihre öffentliche Beschaffung bereits in großen Teilen fair gestalten und somit europaweit Vorbildcharakter haben. Deutsche Kommunen nahe der Landesgrenze nutzen auch das niederländische Serviceangebot von Katalogen, die faire Sortimente für die Bedürfnisse der öffentlichen Beschaffung präsentieren. Von solchen Angeboten profitieren vor allem kleine Kommunen, die mit wenig Personal den erhöhten Aufwand bewältigen müssen. Für die insgesamt 30.000 Vergabestellen im Bund bei Ländern und Kommunen ist der Austausch von Erfahrung und guten Beispielen untereinander ein wesentlicher Motor für die erfolgreiche Entwicklung einer flächendeckend nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.

In der Praxis ergeben sich laufend neue Herausforderungen für die Verantwortlichen in der Bremer Verwaltung. Während der Einkauf von Lebensmitteln wie z. B. Kaffee oder Bananen noch relativ einfach fair zu gestalten ist, sind es vor allem zusammengesetzte Produkte wie z.B. aus dem IT-Bereich, deren faire Beschaffung in ihrer Komplexität schwierig zu realisieren sind. Fairer Handel muss hier Rohstoffgewinnung, Lieferketten sowie die Logistikunternehmen im Blick haben. Die Beschaffung von Krankenhaustextilien unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien stellte die Akteure aufgrund des hohen Volumens von 1,2 Millionen Euro zusätzlich vor die anspruchsvolle Aufgabe einer EU-weiten fairen Ausschreibung. Die Erfahrung zeigt nun, dass faire Produkte entgegen der Annahme nicht zwangsläufig teurer sein müssen. Mit steigender systematischer Nachfrage entsteht auch ein positiver Wettbewerb um ein wichtiges Thema. Bremen setzt sich auch auf europäischer Ebene für den fairen Handel ein.

WETTBEWERBE SIND EIN GUTER MOTOR FÜR MEHR ENGAGEMENT

Öffentliche Aufmerksamkeit ist ein guter Motor, um das Thema Faire Beschaffung weiter voran zu bringen. Die Bewerbung und Auszeichnung im Rahmen des Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“ im Jahr 2011 mobilisierte in Bremen viele Akteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und regionaler Wirtschaft. Das bedeutete einen hohen Motivationsschub, diesen Prozess weiterhin konsequent zu verfolgen. Die Auszeichnung zur Fair-Trade-Stadt folgte im Jahr 2014. Zeitgleich verabschiedete Bremen im Ergebnis eines Dialogprozesses mit der Zivilgesellschaft und den Stadtgemeinden erstmals eigene entwicklungspolitische Leitlinien. Diese formulieren neun Ziele, die neben der Fairen öffentlichen Beschaffung unter anderem auch die Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Ausbildungskanon von Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie die Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Auslandsarbeit festschreiben.

Für die Kommunen ist es nun wichtig, ein umfangreiches Angebot fairer Produkte angepasst an die Bedarfe der öffentlichen Beschaffung vorzufinden. Dies muss ein Ansporn für die Wirtschaft sein, noch viel mehr und verlässlich faire Produkte herzustellen.

KOMMUNALE PROJEKTPARTNERSCHAFTEN SIND EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

KOMMUNALES PARTNERSCHAFTSPROJEKT MANNHEIM/HEBRON

Peter Kurz nutzte seinen Vortrag, um für die hohe Kompetenz der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit zu werben und um den Blick auf die Rolle der Kommunen in der internationalen Politik zu lenken. Die Stadt Mannheim pflegt seit 2013 eine kommunale Projektpartnerschaft mit der Stadt Hebron in den palästinensischen Autonomiegebieten. Das Besondere an dieser Partnerschaft ist, dass diese nicht allein auf einem klassischen lokalen Impuls fußt. Ausschlaggebend für die Initiative war ein Bundesinteresse, das an die Stadt als geeigneten Partner herangetragen wurde. Die Stadt Mannheim brachte bereits vielfältige Erfahrungen aus einer langjährigen Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Haifa mit. Hinzu kam ein in der eigenen Bevölkerungszusammensetzung begründetes Interesse. In Mannheim leben nahezu 30.000 Muslime. Die beiden Gaza-Kriege hatten auch Auswirkungen auf das multikulturelle Miteinander in der Stadt Mannheim und störten beispielsweise merklich den interreligiösen Dialog. Eine zusätzliche Ausweitung der kommunalen Beziehungen in Richtung Palästina lag somit nahe. Haifa signalisierte ebenfalls Interesse an einer trilateralen Zusammenarbeit. Unterstützend kam hinzu, dass 2013 erstmalig Bundesmittel zur konkreten Förderung kommunaler strategischer Partnerschaften zur Verfügung gestellt wurden.

Hebron ist die größte und wirtschaftsstärkste Stadt im Westjordanland. Die besondere Situation dieser geteilten Stadt stellt auch die Zusammenarbeit vor große Herausforderungen. Nach dem Oslo-Abkommen wurden nur 80 Prozent des Stadtgebietes unter palästinensische Zivilverwaltung gestellt. Diese verwaltungstechnische Teilung in sowohl palästinensisch als auch israelisch kontrollierte Zonen stellt die Stadt vor besondere Herausforderungen.

WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN SCHAFFEN

In der Partnerschaft startete Mannheim mit einem Projekt zur Existenzgründerförderung. Es ist auch Aufgabe einer Kommunalverwaltung für eine reale Stadtentwicklung unter diesen schwierigen Bedingungen, wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen. Trotz einer großen Anzahl an Hochqualifizierten kämpft Hebron mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Beispielsweise verlassen jährlich 1000 gut ausgebildete IT-Fachkräfte die beiden Universitäten, von denen 60% in der Erwerbslosigkeit landen. In der Projektpartnerschaft wurden Existenzgründerzentren aufgebaut, um diesen Menschen berufliche Perspektiven aufzuzeigen und ihren Weg zu unterstützen. Die Stadt Mannheim bringt mit ihren eigenen 18 Existenzgründerzentren eine hohe Expertise in diesem Feld ein. Zu Beginn durchliefen drei Verwaltungsmitarbeiter aus Hebron in Mannheim ein einwöchiges Trainingsprogramm zur Organisation solcher Zentren. Im Anschluss begleitete die Stadt Mannheim den Aufbau eines Gründerzentrums in Hebron. Das Projekt befindet sich mit der Realisierung eines Coworking-Space inzwischen in einer zweiten Phase. Im Gebäude werden Arbeitsplätze und Infrastruktur für gemeinsames Arbeiten geschaffen, die von Freiberuflern, Kreativen und kleineren Startups genutzt werden können.

KNOW-HOW-PARTNERSCHAFT SCHAFFT ANDERE DIMENSION VON FACHLICHKEIT

Der zweite Schwerpunkt des Engagements befasst sich mit dem Bereich Abwassermanagement. Mit italienischer Unterstützung wird derzeit die erste Kläranlage in Hebron gebaut. Die Mitwirkung Mannheims erfolgt im Austausch von spezifischem Know-how zum Umgang mit Abwasser. Insbesondere das Einleitungsmanagement von Abwässern aus der Stein- und Lederindustrie in großen Mengen stellt die Stadt Hebron vor große Herausforderungen, die für die Inbetriebnahme des neuen Klärwerks bewältigt werden müssen. Aber auch zu Fragen der Gebührengestaltung steht Mannheim fachlich zur Seite. Aus eigener Kraft können Kommunen diese Form kommunaler Entwicklungszusammenarbeit nicht leisten. Finanzmittel seitens des Bundes sind hier unabdingbar.

Peter Kurz sieht im Austausch von Kenntnissen aus der Praxis einen großen Vorteil im Vergleich zu üblichen Beratungsangeboten. Es ergibt sich eine andere Dimension von Fachlichkeit dadurch, dass städtische Mitarbeiter einen großen Erfahrungsschatz aus ihrem beruflichen Alltag einbringen. Sie beraten nicht nur zu Abwassermanagement, sondern sie machen es tagtäglich selbst. Das bedeutet einen großen qualitativen Unterschied. Darüber hinaus ist eine partnerschaftliche Beziehung zu einer Stadt etwas anderes als ein Beratungsverhältnis. In Erwartung dauerhafter Beziehungen ergeben sich erfreulicherweise Nebeneffekte wie z. B. im kulturellen Austausch.

KOMMUNEN HABEN VIEL EINZUBRINGEN:

Kommunen weisen in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit spezifische Stärken auf:

- Sie sind in der Lage, mit ihrem Know-how fachliche Projekte zu kommunalen Themen qualitativ hochwertig abzuwickeln.
- Sie leisten damit einen Beitrag zur internationalen Solidarität.
- Sie übernehmen globale Verantwortung.
- Sie haben die Chance zur Einbindung der eigenen migrantischen Community.

Es wird deutlich, dass das Engagement deutscher Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit durchaus auch aus eigennützigem Interesse verfolgt wird. Der Wunsch danach, einen eigenen Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu leisten, ist folgerichtig. Angesichts der großen Herausforderungen, denen sich Kommunen in der Versorgung und Integration einer hohen Zahl Geflüchteter derzeit stellen müssen, wächst in der Konsequenz das Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit zur Beantwortung aktueller globaler Fragestellungen.

PLÄDOYER FÜR EINE GESAMTEUROPÄISCHE BEWEGUNG

Europaweit engagieren sich bereits viele Kommunen in ganz unterschiedlicher Art und Weise in Entwicklungs- und Schwellenländern. Es ist an der Zeit, die Rahmenbedingungen für dieses Engagement zu verändern und diese Partnerschaften finanziell besser zu unterstützen. Die Stadt Mannheim plädiert deshalb für die Gründung einer gesamteuropäischen Initiative, im Rahmen derer 500 europäische Städte mit ebenso vielen Städten in Nordafrika und Nahost Entwicklungspartnerschaften etablieren. Die Idee einer solchen Initiative ist es, Städtetandems zu gründen, um einen nachhaltigen Austausch und Unterstützung der Kommunen in den Bereichen Verwaltungshandeln, kommunale Daseinsvorsorge und Wirtschaftsförderung voranzutreiben. Die Hilfe für Menschen vor Ort, insbesondere in den Anrainerstaaten der Kriegsgebiete (z. B. Türkei, Jordanien, Libanon) soll auf diese Weise substantiell und glaubwürdig ausgebaut werden. Städte können und sollten als relevante Entwicklungsakteure anerkannt und entsprechend finanziell ausgestattet werden, um sich in solchen Entwicklungspartnerschaften auf Augenhöhe zu begegnen sowie gemeinsam Lösungen und Strategieansätze für globale Herausforderungen zu erarbeiten. Durch die Umsetzung dieser Initiative auf europäischer Ebene soll ein umfassendes Netzwerk von Entwicklungspartnerschaften gegründet werden, sodass die kommunale Entwicklungszusammenarbeit insgesamt an struktureller Bedeutung gewinnt. Durch die Vielzahl einzelner Projektpartnerschaften können die europäischen Städte gemeinsam einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung im Nahen Osten und in Nordafrika nehmen. Gleichzeitig führt eine solche Initiative auf europäischer Ebene zu einer Harmonisierung der zahlreichen Projekte entwicklungspolitisch aktiver Kommunen in Europa, die bisher häufig unkoordiniert nebeneinander arbeiten.

OHNE KOMMUNEN WIRD SICH GAR NICHTS AUF DER WELT BEWEGEN



Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe

STARKE PARTNER – KOMMUNEN UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Bärbel Dieckmann ist sich sicher, dass ohne die zahlreichen, lebendigen europäischen Partnerschaften Europa nicht so zusammengewachsen wäre. Für die gelungene Einheit war es ausgesprochen wichtig, dass auch die Menschen nah beieinander sind und den regelmäßigen Austausch pflegen. Internationale Partnerschaften über den europäischen Raum hinaus können diesen Ansatz nur begrenzt verfolgen, da die räumliche Nähe fehlt. Der Gewinn sowohl für Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern als auch für deutsche Städte und Gemeinden kann jedoch vielfältig sein. Als ehemalige Oberbürgermeisterin von Bonn bringt sie eigene Erfahrungen mit internationalen kommunalen Partnerschaftsprojekten auf unterschiedlichen Kontinenten ein. Vorbildhaft sind Kooperationen, die vorab die Bedarfe der Kommunen ermitteln, mit denen eine Zusammenarbeit angestrebt wird. Die deutschen und europäischen Städte können diese mit ihren spezifischen Kompetenzen abgleichen und zielgerichtet Unterstützung anbieten. Auf beiden Seiten finden beim Aufeinander-Einlassen wertvolle Lernprozesse statt. Grundsätzlich müssen sich Kommunen weltweit denselben Fragen stellen: Wie schaffen wir eine gute Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger, z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit oder auch Abwasser- und Abfallmanagement?

Als Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe setzt Bärbel Dieckmann ein klares Plädoyer für eine enge Kooperation von engagierten Kommunen mit erfahrenen Institutionen, die gute Kenntnisse über die Gegebenheiten vor Ort haben, wie z. B. die Welthungerhilfe. Dieses spezifische Wissen über Kulturen, Strukturen aber auch Gefahren kann keine Stadtverwaltung aus eigener Kraft aufbringen. Ohne dieses Know-how ist manches Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt. Insbesondere Sicherheitsfragen können die Akteurinnen und Akteure kommunaler Entwicklungszusammenarbeit mancherorts vor große Herausforderungen stellen. Es ist häufig essentiell, auf die Sicherheitskonzepte der ansässigen Organisationen vor Ort zurückgreifen zu können.

WICHTIGER BAUSTEIN FÜR DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Das Engagement von deutschen und anderen europäischen Kommunen stellt eine wichtige Ergänzung für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit dar. Das Aufgabengebiet der Welthungerhilfe mit ihrem Grundmandat zur Hungerbekämpfung ist immer auch eine Frage von politischer Arbeit. Die NGOs kommen da jedoch an ihre Grenzen, weil in der Regel ein Gebot zur Neutralität die Präsenz und den Erfolg vor Ort sichert.

Entwicklungszusammenarbeit findet zumeist in fragilen Staaten statt, die durch Korruption geprägt sind, keine gute Regierungsführung, Demokratiedefizite und wenig Pressefreiheit aufweisen. Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo sich viele Akteure, z.B. auch Kommunen, engagieren, die Offenheit gegenüber notwendigen Entwicklungen steigt. Es findet immer auch ein wichtiger Austausch von Politikerfahrung statt, von dem am Ende ein großer Teil von Entwicklung abhängt. Ziel muss es deshalb noch viel häufiger sein, Menschen zusammenzubringen. Oberbürgermeisterinnen und -meister, Kommunalpolitikerinnen und -politiker oder auch Abgeordnete aus Bund und Ländern tauschen im Gespräch Erfahrungen und Kenntnisse aus und schaffen damit Vertrauensbildung. Weil Projektpartnerschaften zwischen Kommunen über die fachliche Ebene hinaus auch immer Beziehungen untereinander fördern, bilden sie einen wichtigen Baustein für die Entwicklungszusammenarbeit und müssen verstärkt in Konzepte und die Mittelvergabe mit einbezogen werden.

Während die Welthungerhilfe zur Hungerbekämpfung ihr Handlungsfeld überwiegend in landwirtschaftlichen und ländlichen Strukturen findet, wird die Entwicklung dieser Länder vor allem in Städten entschieden. Bärbel Dieckmann betonte, dass sich ohne die Kommunen nichts auf der Welt bewegen wird.

PODIUMSDISKUSSION



Die SPD-Bundestagsfraktion hatte mit der Veranstaltung zum Dialog geladen, um gemeinsam mit den Gästen aus Kommunen, NRO und Politik die Potenziale kommunaler Entwicklungszusammenarbeit herauszuarbeiten. Auf dem Podium wurde vor allem auch die Frage erörtert, wo bundespolitische Maßnahmen ansetzen müssen, um die Kräfte und Synergien der entwicklungspolitischen Arbeit auf kommunaler Ebene zu stärken und zu verstetigen.

VERBINDLICHE QUALITÄTSSTANDARDS BRINGEN FAIRE BESCHAFFUNG VORAN

Klaus Barthel, als Sprecher der AG Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, sieht vor allem auch im Hebel einer fairen öffentlichen Beschaffung große Potenziale, um faire Handelsstrukturen weltweit und nachhaltig zu stärken. Die Anpassung des Vergaberechts stellt dem Primat der Wirtschaftlichkeit nun Nachhaltigkeitskriterien gleich. Damit die Nachfrage nach fairen Produkten in der Beschaffung ihre volle Kraft entfalten kann, muss die Informationsgrundlage für die öffentliche Hand deutlich verbessert werden. Aufgabe des Bundes ist es, Initiativen zur Schaffung von Transparenz und Standards zu fördern, die Verlässlichkeit in soziale und ökologische Qualitätsstandards schaffen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die „Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor – Deutschland“ (DEITI), für die sich Bundesregierung eingesetzt hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft immer für ein möglichst hohes Maß an Verbindlichkeit, um ökologische und soziale Standards in Produktion und Vermarktung kontinuierlich zu etablieren. Das schafft die notwendige Objektivität und Verlässlichkeit, die als rechtliche Grundlage für das komplizierte Beschaffungswesen unabdingbar ist. Der Koalitionspartner setzt gemeinsam mit der Wirtschaft jedoch nach wie vor auf das Mantra der freiwilligen Selbstverpflichtung und den Wettbewerb. Das Bündnis für nachhaltige Textilien macht jedoch deutlich, dass die Reichweite solcher Initiativen allein auf Basis der Freiwilligkeit zumeist zu gering bleibt. Deutschland sollte auch EU-weit eine stärkere Vorbildfunktion einnehmen, um das Thema effektiver als bisher voranzubringen. Importregeln und mehr Transparenz für die Nachvollziehbarkeit von Lieferketten müssen dafür sorgen, dass Produkte mit unerwünschtem Produktionshintergrund, wie z. B. Konfliktmineralien, gar nicht erst auf den europäischen Markt gelangen.



AUSTAUSCH, VERNETZUNG UND QUALIFIZIERUNG FÖRDERN

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verdeutlicht die internationale Staatengemeinschaft, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Agenda schafft die Grundlage dafür, weltweit wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten. Zum Engagement der Stadt Bremen zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung gehört es auch, gezielt den Austausch mit den eigenen Partnerkommunen in Europa und auf anderen Kontinenten zum Thema zu initiieren. Für Ulrike Hiller ist die Bildung und Pflege von Netzwerken ein effektiver Baustein, um Erfahrungen zu transportieren, gemeinsam nach guten Lösungen zu suchen und sich gegenseitig zu unterstützen. Die Förderung von Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit sollte deshalb auch an diesem Punkt ansetzen.



Kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfordert verlässliche und kompetente Ansprechpartnerinnen und -partner in den Verwaltungen. Diese müssen zunächst identifiziert und gezielt für die Aufgabe qualifiziert werden, so wie es bereits die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt anbietet. Auch der Austausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von NRO und kommunalen Verwaltungen leistet einen großen Qualifizierungsbeitrag. Diese Potenziale können sowohl in den deutschen Kommunen als auch in den Entwicklungsländern selbst mit dort tätigen Organisationen genutzt werden. Auch hier gilt das Prinzip des „Voneinander-Lernens“, da auch die Mitarbeiter von NRO Kenntnisse über kommunales Verwaltungshandeln gewinnen können.



Bernhard Daldrop sprach sich als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion deutlich dafür aus, dass das Thema kommunale Entwicklungszusammenarbeit mehr Konstanz in Form von Institutionalisierung braucht. Die Einrichtung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist ein Schritt in die richtige Richtung, der weiter ausgebaut werden muss. Nicht alle Kommunen haben die notwendigen Entscheidungsspielräume für mehr entwicklungspolitisches Engagement. Die Präsenz des Themas muss deshalb in den Städten und Gemeinden verstetigt werden und darf nicht nur aufgrund aktueller trauriger Ereignisse in den Fokus der Wahrnehmung geraten. Zur Unterstützung will die SPD auf bundespolitischer Ebene das Thema deshalb stärker auf die politische Agenda setzen.

SPD SIEHT SICH DER UMSETZUNG DER SDGS VERPFLICHTET

Die Prognose besagt, dass am Ende dieses Jahrhunderts nahezu 75% der Weltbevölkerung in Städten leben wird. Das bedeutet, dass wir weltweit Lösungen für diese umfassende Urbanisierung brauchen. Zudem soll nach OECD-Zahlen das Engagement zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu 59% auf Aktionen der lokalen Ebene angewiesen sein. Stefan Rebmann betont, dass die SPD ihre Verantwortung zur Umsetzung der SDGs sehr ernst nimmt und weiß, dass die Kommunen auf diesem Weg konsequent mitgenommen werden müssen. Dafür müssen die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen auch in der Entwicklungszusammenarbeit gezielt und konsequent ausgebaut werden. Erfolgreiches kommunales entwicklungspolitisches Engagement ist keine Eintagsfliege, sondern baut auf langjährigen Prozessen auf, die verlässliche Unterstützung brauchen. Deshalb ist auch eine Entwicklungspolitik, die verstärkt auf Sonderinitiativen setzt und mit einjährigen Projektlaufzeiten kurzfristige Aktionen fördert, nicht zielführend. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass zukünftig Mittel verstärkt in umfassende Gesamtstrategien mit langfristigen Förderperspektiven zur Unterstützung der Kommunen fließen.



KOMMUNEN SIND NICHT NUR VERWALTUNG

Wichtig war allen Anwesenden die Feststellung, dass Initiativen und Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit in den Kommunen nicht allein Aufgabe von Kommunalpolitikerinnen und –politikern und Verwaltungen sind. Insbesondere in diesem Themenfeld sind es gerade zivilgesellschaftliche Institutionen und Gruppen, die bereits einen großen Beitrag leisten und viel Expertise mitbringen. Kommunen sind alle Bürgerinnen und Bürger, organisiert und als Einzelpersonen, aber z. B. auch örtliche Unternehmen. Diese Potenziale gilt es zu bündeln und die Rahmenbedingungen für ihre Nutzung zu optimieren. Insgesamt ist zu beobachten, dass das Themenfeld Entwicklungszusammenarbeit vor allem vor dem Hintergrund der großen Anzahl Geflüchteter, die in den Kommunen versorgt werden, die Nische verlassen hat. Das in der Vergangenheit überwiegend altruistisch motivierte Engagement einer relativ kleinen Gruppe weicht nun zunehmend der Erkenntnis des Eigennutzes. Die Eine Welt erreicht die Kommunen nun unmittelbar und ganz anders erfahrbar. Damit wächst das Interesse und die Bereitschaft an der verstärkten Übernahme globaler Verantwortung für eine gerechtere Welt und mehr Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft sind mobilisiert und motiviert, dafür einen eigenen Beitrag zu leisten.

RAUS AUS DER NISCHE

Das Erreichen der globalen Entwicklungsziele, der SDGs bis zum Jahr 2030 stellt die Staatengemeinschaft vor große Herausforderungen. Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein natürlicher Partner auf dem Weg zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und ein Profiteur der neuen Aufmerksamkeit. Die Umsetzung der SDGs ist keine Frage von Freiwilligkeit und sie betrifft alle kommunalen Handlungsbereiche. Sie bietet deshalb ein konkretes Instrument, um auch die Entwicklungszusammenarbeit kommunal aus der Nische heraus in umfassendere, ressortübergreifende strategische Ansätze zu überführen. Darin besteht eine große Chance, das Thema über Pilotprojekte hinaus fest im kommunalen Handeln als Linienaufgabe zu verankern. Wenn Bund und Länder die regionale Ebene als Instrument zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsziele anerkennen, dann muss die Einbindung systematisch und flächendeckend vollzogen werden. Insgesamt reift auch die Erkenntnis, dass Politik für die Eine Welt nicht ausschließliche Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist und nur im ressortübergreifenden strategischen Handeln ihre Wirkung entfalten kann.

Während Bund und Länder bereits an Umsetzungsstrategien zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele arbeiten, fehlen mangels Ressourcen auf kommunaler Ebene häufig noch effektive Nachhaltigkeitsmanagementsysteme. Bund und Länder sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend wirken, um die Potenzi-

ale der regionalen Ebene effektiv zur Umsetzung der nationalen Ziele zu nutzen und der Verpflichtung bis zum Jahr 2030 gerecht werden zu können. Auch hier muss es Lösungen für die Problematik der Finanzbeziehungen im föderalen System geben. Die Förderung von Leuchtturmprojekten muss langfristig einer flächendeckenden Etablierung nachhaltiger Initiativen weichen.

Die Diskussion machte auch deutlich, dass in Deutschland die Aufwendungen für entwicklungspolitische Bildung gegenüber einigen anderen europäischen Staaten vergleichsweise gering und somit noch ausbaufähig sind. Es besteht nachweislich ein Zusammenhang zwischen einer engagierten entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Erkenntnis zur Selbstwirksamkeit für mehr globale Gerechtigkeit.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag,
Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

TELEFON: 030 227-57133

TELEFAX: 030 227-56800

REDAKTION: AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
Heike Friedrich-Hölscher

GESTALTUNG: Öffentlichkeitsarbeit

FOTOGRAFIE: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke) (S. 3),
spdfraktion.de (Susie Knoll) (S. 3), spdfraktion.de

WWW.SPDFRAKTION.DE

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.